

Dänemark

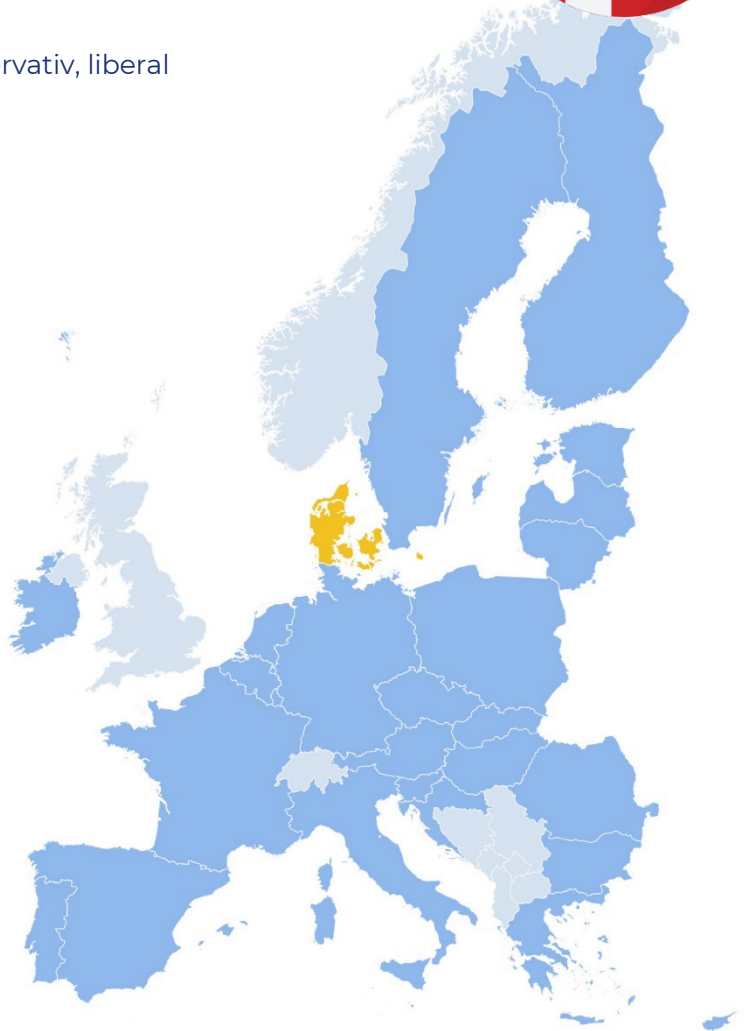


Einwohner_innen: 5,8 Millionen
EU-Mitglied seit: 1973
Regierung: sozialdemokratisch, konservativ, liberal
 (Zusammenschluss)

Die Situation in meinem Land

Dänemark ist in der EU in Sachen Digitalisierung ein Vorreiter. Viele staatliche Leistungen sind online verfügbar, z. B. kann man digital einen neuen Reisepass beantragen. Soziale Medien werden in Dänemark sehr viel genutzt.

Deshalb hat die Regierung große Informationskampagnen gestartet, um Bürger_innen zum Thema Fake News und Hate Speech aufzuklären. Sie sollen lernen, solche Beiträge zu erkennen. Es wird ihnen außerdem gezeigt, an welche Stellen sie sich wenden können, wenn sie betroffen sind. Dänemark ist mit fast 90 % aller Bürger_innen das EU-Land, in dem die meisten Nutzer_innen von sich sagen, dass sie Fake News erkennen.



So stehen wir zur Digitalpolitik in Europa

Der Wirtschaft freien Lauf lassen



Der Wirtschaft Regeln geben

Die Wirtschaft braucht ausreichend Freiheiten. Gerade im digitalen Bereich fördert das die Kreativität von Unternehmen und trägt damit insgesamt zu mehr Wohlstand bei.

Das Internet sollte frei sein.



Inhalte im Internet sollten kontrolliert werden.

Das Recht auf freie Meinungsäußerung ist ein Grundrecht. Besonders im Internet muss dieses gewahrt werden. Kontrolle und strenge Regeln gefährden dieses Grundrecht.

Nationale Lösungen



Europäische Lösungen

Die wichtigsten Fragen müssen national gelöst werden. In manchen Punkten ist es aber sinnvoll, zusammenzuarbeiten.

MEINE MEINUNG ZUM VORSCHLAG DER KOMMISSION

ARTIKEL 1 - LÖSCHEN VON INHALTEN

Mein Ziel

Nur Gerichte sollen anordnen können, dass Inhalte gelöscht werden.

Meine Argumente

- ▶ Freie Meinungsäußerung ist ein wichtiges Grundrecht in unserer Demokratie. Beiträge im Internet zu löschen, ist ein Eingriff in dieses Recht. Das sollte nur mit einer guten Begründung zulässig sein.
- ▶ Deshalb sollten nur Gerichte nach gründlicher Überprüfung entscheiden dürfen, ob Inhalte Fake News oder Hate Speech enthalten und gelöscht werden müssen.
- ▶ Wir dürfen nicht Anbieter von Plattformen oder Maschinen entscheiden lassen, was unsere Bürger_innen sagen dürfen. Sie können sich irren und auch harmlose Beiträge löschen. Automatische Filter sind inakzeptabel.
- ▶

ARTIKEL 2 – ZUSTÄNDIGE MELDESTELLE

Mein Ziel

Meldestellen im Heimatland der betroffenen Nutzer_innen sollten zuständig sein.

Meine Argumente

- ▶ Jedes Land sollte seine eigenen Bürger_innen schützen. Deshalb ist es wichtig, dass betroffene Nutzer_innen im eigenen Land Ansprechpartner_innen haben.
- ▶ Wenn Meldestellen im Ausland sitzen, hält das sicher viele Nutzer_innen davon ab, ihr Recht einzufordern. Bürger_innen müssen gut darüber informiert sein, wie sie sich wehren können und was für Rechte sie haben.
- ▶ Der Kontakt mit der zuständigen Meldestelle muss ohne große Umwege möglich sein. Dann ist es auch kein Problem, wenn Anbieter ihren Sitz in einem anderen EU-Land haben.
- ▶

ARTIKEL 3 – FRIST FÜR DAS LÖSCHEN VON INHALTEN

Mein Ziel

Nach gerichtlicher Anordnung sollten Inhalte mit Fake News oder Hate Speech innerhalb von 24 Stunden gelöscht werden. Vor Wahlen sollte das innerhalb von 12 Stunden passieren.

Meine Argumente

- ▶ Wenn Anbieter von Gerichten zum Löschen von Inhalten verurteilt werden, sollten sie das Urteil schnell umsetzen. Eine Frist von 24 Stunden ist bei großen Unternehmen angemessen. Wenn die Anbieter von Plattformen hierfür noch nicht genügend Mitarbeiter_innen haben, müssen sie eben neue einstellen.
- ▶ Das schnelle Löschen von Inhalten ist zentral. Wenn sich eine Nachricht erst einmal in alle Richtungen verbreitet hat, ist es schwieriger, den Schaden zu begrenzen.
- ▶ Vor Wahlen sind Fake News ein besonders großes Problem. Dann sollte man schneller, am besten innerhalb von 12 Stunden, handeln. Wir müssen sicherstellen, dass Falschinformationen die Wahlen nicht beeinflussen.
- ▶

Deutschland

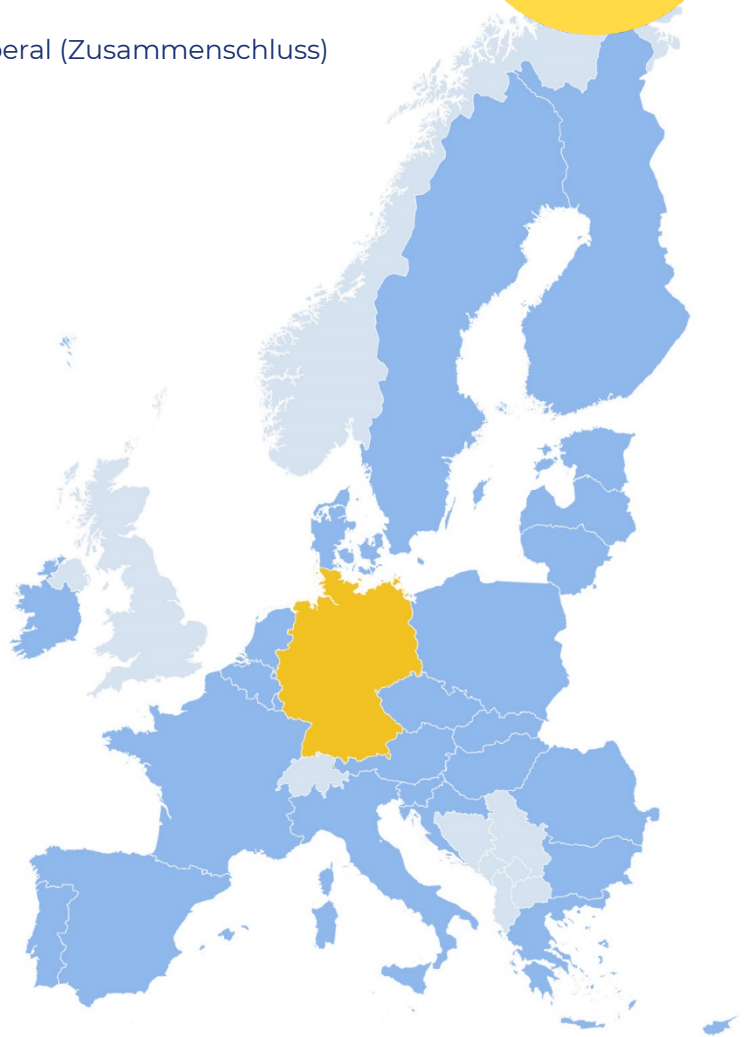


Einwohner_innen: 84 Millionen
EU-Mitglied seit: 1958 (Gründungsmitglied)
Regierung: sozialdemokratisch, grün, liberal (Zusammenschluss)

Die Situation in meinem Land

In Deutschland wird Digitalisierung zugleich als Chance und als Gefahr gesehen. Es ist wichtig, die Balance zwischen Freiheit und Regulierung zu schaffen. In Deutschland sehen sich vergleichsweise wenige Bürger_innen von Fake News und Hate Speech bedroht. Trotzdem nimmt Hate Speech gerade gegenüber Minderheiten zu.

Dies war einer der Gründe, warum Deutschland schon Ende 2017 ein Gesetz eingeführt hat: Betreiber von sozialen Netzwerken müssen Fake News und Hate Speech seitdem von ihren Plattformen löschen. Tun sie das nicht, müssen sie hohe Strafen zahlen. Deutschland war das erste EU-Land mit so einem Gesetz, auf das viele andere Länder nun aufbauen wollen.



So stehen wir zur Digitalpolitik in Europa

Der Wirtschaft freien Lauf lassen



Der Wirtschaft Regeln geben

Die digitalen Unternehmen müssen mehr Verantwortung übernehmen. Klare Regeln helfen ihnen dabei.

Das Internet sollte frei sein.



Inhalte im Internet sollten kontrolliert werden.

Die Bürger_innen müssen online und offline geschützt werden. Alle müssen frei ihre Meinung äußern können, aber nur innerhalb der Gesetze. Deswegen müssen Beiträge kontrolliert werden können.

Nationale Lösungen



Europäische Lösungen

Es gibt viele Dinge, bei denen eine europäische Lösung sinnvoller ist. Gerade bei Problemen, die alle betreffen, sollte eine EU-weite Lösung gesucht werden.

MEINE MEINUNG ZUM VORSCHLAG DER KOMMISSION

ARTIKEL 1 - LÖSCHEN VON INHALTEN

Mein Ziel

Anbieter sollten auch selbst aktiv nach Fake News und Hate Speech suchen.

Meine Argumente

- ▶ Polizei und Fachleute sind die wichtigsten Personen zur Meldung von Fake News und Hate Speech, denn sie wissen, auf welche Beiträge das zutrifft.
- ▶ Trotzdem sollten auch Anbieter selbst aktiv nach Fake News und Hate Speech suchen. Sie kennen ihre Plattformen am besten und haben viel technisches Wissen.
- ▶ Die Anbieter verdienen oft viel Geld mit ihren Plattformen. Da können sie auch gut mehr Mitarbeiter_innen einstellen, um die Plattformen zu durchsuchen. Anbieter müssen endlich selbst Verantwortung zeigen.

▶

ARTIKEL 2 – ZUSTÄNDIGE MELDESTELLE

Mein Ziel

Nationale Meldestellen in jedem Land. Die Hauptsache ist: Nutzer_innen müssen sich in ihrer Sprache und vor Ort an eine Meldestelle wenden können.

Meine Argumente

- ▶ Der Aufbau einer neuen EU-weiten Meldestelle würde viel Geld kosten. Das lässt sich vermeiden, wenn bereits bestehende Organisationen zuständig sind.
- ▶ Wichtig ist vor allem, dass Bürger_innen direkte Ansprechpartner_innen in ihrem Land haben. So können sie ihre Rechte ohne Umwege einfordern. Meldestellen im Ausland könnten dagegen abschrecken.
- ▶ 27 nationale Meldestellen sind umständlich für die Plattform-Betreiber, aber diesen Aufwand müssen wir ihnen zumuten. Die Nutzer_innen sollten im Vordergrund stehen.

▶

ARTIKEL 3 – FRIST FÜR DAS LÖSCHEN VON INHALTEN

Mein Ziel

Inhalte sollten so schnell wie möglich gelöscht werden. Was genau das bedeutet, sollte aber im Einzelfall unterschieden werden.

Meine Argumente

- ▶ Hate Speech und Fake News zu erkennen, ist oft schwierig. Damit verdächtige Beiträge nicht zu Unrecht übereilt gelöscht werden, sollte es lieber keine feste Frist geben.
- ▶ Wir müssen aufpassen, dass das Recht auf freie Meinungsäußerung nicht eingeschränkt wird.
- ▶ Nachdem Beiträge gemeldet oder gefunden wurden, sollten Anbieter diese innerhalb von 24 Stunden überprüfen. Manchmal kann es aber länger dauern, bis sie sicher sind, dass es wirklich Fake News oder Hate Speech ist. Wenn sie innerhalb von 24 Stunden sicher sind, sollten sie Inhalte dann auch löschen.

▶

Estland

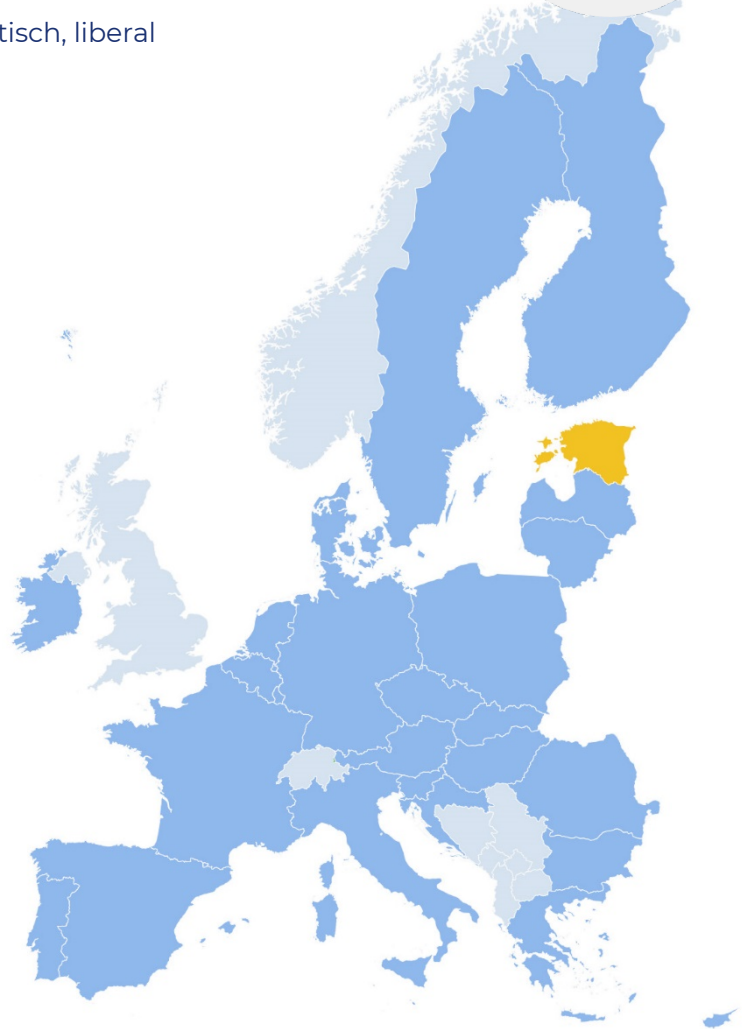


Einwohner_innen: 1,3 Millionen
EU-Mitglied seit: 2004
Regierung: konservativ, sozialdemokratisch, liberal
 (Zusammenschluss)

Die Situation in meinem Land

Estland ist digitaler Vorreiter in der EU. Viele staatliche Leistungen sind online verfügbar, z. B. können Bürger_innen online wählen. Daher ist es für die Regierung wichtig, das Internet gut zu schützen.

Die Menschen in Estland nehmen Hate Speech und Fake News aber nicht als große Probleme wahr. Im Vergleich zu anderen Ländern in der EU fühlen sie sich am wenigsten davon bedroht und melden solche Inhalte nur sehr selten. Die Regierung möchte trotzdem stärker etwas dagegen tun, damit dies so bleibt. Gesetze mit Vorgaben für die Plattformen gibt es dafür momentan noch nicht. Stattdessen lernen Kinder und Jugendliche in Estland in der Schule, Falschmeldungen von vertrauenswürdigen Nachrichten zu unterscheiden.



So stehen wir zur Digitalpolitik in Europa

Der Wirtschaft freien Lauf lassen



Der Wirtschaft Regeln geben

Klare Regeln machen es Unternehmen leichter, zu wissen, wie sie sich verhalten dürfen. Das schafft Verlässlichkeit und Vertrauen.

Das Internet sollte frei sein.



Inhalte im Internet sollten kontrolliert werden.

Das Internet muss geschützt werden. Nur so können sich dort alle Nutzer_innen sicher fühlen und im Rahmen der Gesetze frei bewegen.

Nationale Lösungen



Europäische Lösungen

Die wichtigsten Digitalisierungs-Fragen müssen national gelöst werden, das erwarten die Bürger_innen. Europäische Lösungen sind wünschenswert, aber die EU ist einfach zu langsam. Einige Länder bremsen bei neuen Gesetzen.

MEINE MEINUNG ZUM VORSCHLAG DER KOMMISSION

ARTIKEL 1 - LÖSCHEN VON INHALTEN

Mein Ziel

Die Unternehmen müssen stärker Verantwortung zeigen und selbst nach Fake News und Hate Speech in ihren Beiträgen suchen.

Meine Argumente

- ▶ Wenn Gerichte entscheiden, dass Beiträge mit Hate Speech oder Fake News gelöscht werden sollen, muss das umgesetzt werden.
- ▶ Auch die Anbieter von Plattformen tragen eine Verantwortung. Sie stellen nicht nur ein Forum für Beiträge bereit, in dem sich jede_r austoben kann. Sie müssen sich verantwortlich dafür fühlen, was bei ihnen gepostet wird.
- ▶ Deshalb sollten sie überprüfen, ob jemand Hate Speech oder Fake News postet. Inzwischen gibt es sehr gute technische Lösungen dafür, die die Meinungsfreiheit nicht einschränken.
- ▶ Nicht alle wissen, was Fake News und Hate Speech sind. Deshalb sollten Nutzer_innen nicht entscheiden, was gelöscht werden soll. Ihre Meldungen müssen zuerst geprüft werden.
- ▶

ARTIKEL 2 – ZUSTÄNDIGE MELDESTELLE

Mein Ziel

Meldestellen im Heimatland der betroffenen Nutzer_innen sollten zuständig sein.

Meine Argumente

- ▶ Jedes Land sollte seine eigenen Bürger_innen schützen. Deshalb ist es wichtig, dass betroffene Nutzer_innen im eigenen Land Ansprechpartner_innen haben.
- ▶ Wenn Meldestellen im Ausland sitzen, hält das viele Nutzer_innen davon ab, ihr Recht einzufordern. Schon die fremde Sprache ist eine Barriere. Das können wir nicht zulassen.
- ▶ Es ist auch billiger, bereits bestehende nationale Behörden zu nutzen und ihnen einfach eine neue Aufgabe zuzuordnen. Alles andere wäre zu viel Bürokratie.
- ▶

ARTIKEL 3 – FRIST FÜR DAS LÖSCHEN VON INHALTEN

Mein Ziel

Inhalte sollten so schnell wie möglich, am besten innerhalb von 24 Stunden, gelöscht werden.

Meine Argumente

- ▶ Wenn Anbieter die Posts auf ihren Plattformen mit Filtern kontrollieren, werden Inhalte automatisch und sehr schnell gelöscht. Dann können sich Fake News und Hate Speech gar nicht erst verbreiten.
- ▶ Wenn außerdem Gerichte das Löschen anordnen, sollten diese Inhalte innerhalb von 24 Stunden verschwunden sein. Es geht um den Schutz der Menschen: Hate Speech kann im schlimmsten Fall zu Mord aufrufen!
- ▶ Wenn sich eine Nachricht erst einmal in alle Richtungen verbreitet hat, ist es schwieriger, den Schaden zu begrenzen. Gerade bei der Verbreitung von Fake News vor Wahlen wäre das fatal für unsere Demokratien.
- ▶

Frankreich

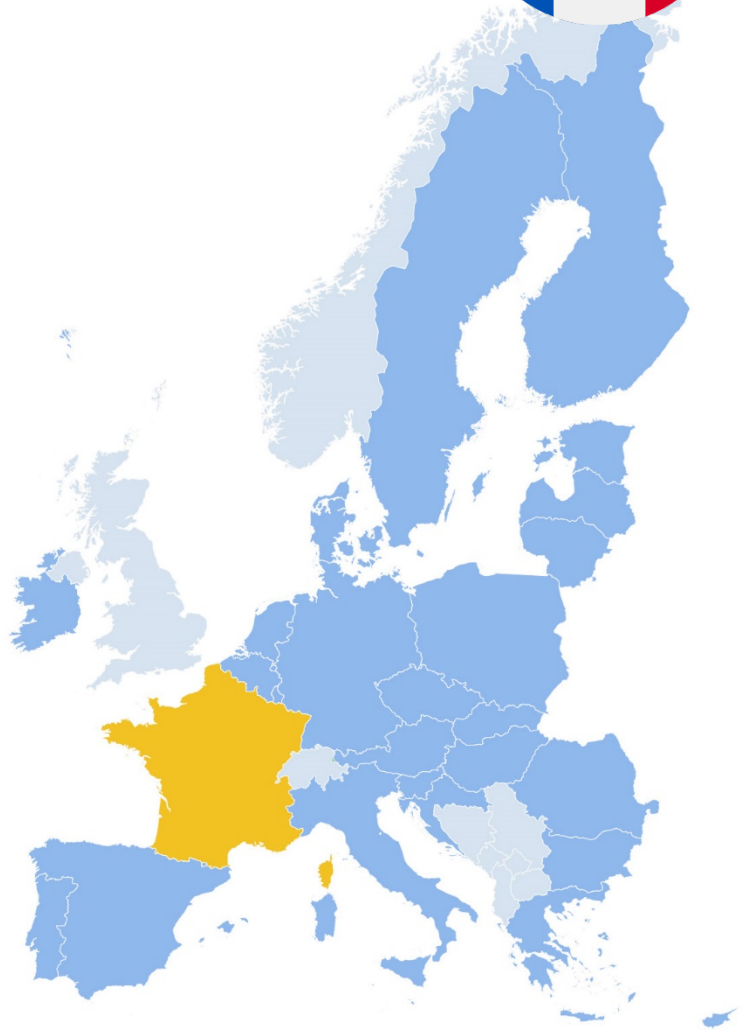


Einwohner_innen: 67 Millionen
EU-Mitglied seit: 1958 (Gründungsmitglied)
Regierung: liberal

Die Situation in meinem Land

Digitalisierung wird in Frankreich von vielen als große Chance gesehen. Doch das Internet bringt auch Gefahren mit sich. Fast zwei Drittel aller Bürger_innen in Frankreich sehen jede Woche mindestens einen Beitrag, der falsche Informationen enthält. Viele fühlen sich durch Fake News und Hate Speech im Internet bedroht und nehmen das Netz immer mehr als unsicheren Raum wahr.

2017 wurden in Frankreich zwei Gesetze zur Bekämpfung von Fake News und Hate Speech beschlossen. Die Gesetze sind vergleichsweise streng und enthalten hohe Strafen für die Anbieter von Plattformen. Außerdem müssen Anbieter die Namen und anderen Daten von Nutzer_innen, die Hate Speech oder Fake News gepostet haben, an Behörden weitergeben.



So stehen wir zur Digitalpolitik in Europa

Der Wirtschaft freien Lauf lassen



Der Wirtschaft Regeln geben

Digitale Unternehmen brauchen Regeln, um die Bürger_innen zu schützen. Nur so kann sich die Wirtschaft gut und fair entwickeln.


Das Internet sollte frei sein.



Inhalte im Internet sollten kontrolliert werden.

Wir müssen unsere Bürger_innen vor Hate Speech und Fake News schützen. Das Recht auf freie Meinungsäußerung darf im Internet nicht missbraucht werden.

Nationale Lösungen



Europäische Lösungen

Wir müssen schnell handeln, am besten gemeinsam als EU. Wenn europäische Lösungen aber nicht zustande kommen, werden wir allein vorangehen.

MEINE MEINUNG ZUM VORSCHLAG DER KOMMISSION

ARTIKEL 1 - LÖSCHEN VON INHALTEN

Mein Ziel

Nutzer_innen sollten stärker eingebunden werden.

Meine Argumente

- ▶ Das letzte Wort haben Gerichte. Sie entscheiden, ob Inhalte Hate Speech oder Fake News enthalten. Dann müssen diese Beiträge in jedem Fall gelöscht werden.
- ▶ Auch die Nutzer_innen selbst sollten eingebunden werden. Wenn sie Fake News und Hate Speech erkennen und sofort melden können, wird das Internet viel sicherer.
- ▶ Wir müssen aber auch Missbrauch verhindern. Wer unliebsame Meldungen absichtlich als falsch meldet, könnte dafür bestraft werden.
- ▶ Die Anbieter von Plattformen können nicht von sich aus die vielen Beiträge durchsuchen, die jeden Tag gepostet werden.
- ▶ Automatische Filter könnten auch Inhalte löschen, die niemandem schaden, z. B. Witze oder Satire. Das würde das Recht auf freie Meinungsäußerung gefährden.
- ▶

ARTIKEL 2 – ZUSTÄNDIGE MELDESTELLE

Mein Ziel

Die Meldestelle in dem Land, in dem der Anbieter der betreffenden Plattform seinen Sitz hat, sollte zuständig sein.

Meine Argumente

- ▶ Für viele andere Gesetze in der EU gilt schon: Nationale Behörden sind zuständig für die Firmen in ihrem Land. Das funktioniert sehr gut. Der Aufbau einer EU-weiten Meldestelle ist zu teuer und zu kompliziert.
- ▶ Die Firmen zahlen die Steuern in dem Land, in dem sie ihren Sitz haben. Die Länder profitieren also von den Steuergeldern. Dann sollen sie einen Teil des Geldes nutzen, um eine Meldestelle für die ganze EU einzurichten.
- ▶ In der Praxis bedeutet das z. B.: Beschwerden an Facebook werden in Irland gemeldet, weil der europäische Sitz der Firma in Irland ist. Dort zahlt Facebook auch seine Steuern.
- ▶

ARTIKEL 3 – FRIST FÜR DAS LÖSCHEN VON INHALTEN

Mein Ziel

Beiträge mit Verdacht auf Hate Speech oder Fake News sollten erst einmal verborgen werden. Dann werden sie überprüft und entweder wieder freigegeben oder gelöscht.

Meine Argumente

- ▶ Nutzer_innen können ziemlich gut erkennen, wenn Beiträge Fake News und Hate Speech enthalten. Dann sollten diese Inhalte zum Schutz der Bürger_innen erstmal verborgen werden. Nach einer Überprüfung können sie wieder freigegeben werden, z. B. wenn Nutzer_innen sich geirrt haben.
- ▶ Die Überprüfung der verborgenen Beiträge sollte aber nicht zu lange dauern. Nach maximal 48 Stunden sollte der Beitrag entweder gelöscht oder wieder freigegeben werden.
- ▶ Fake News sind besonders vor Wahlen sehr gefährlich. 3 Monate vor Wahlen sollte es möglich sein, dass Gerichte die Löschung innerhalb von 24 Stunden anordnen.
- ▶

Irland

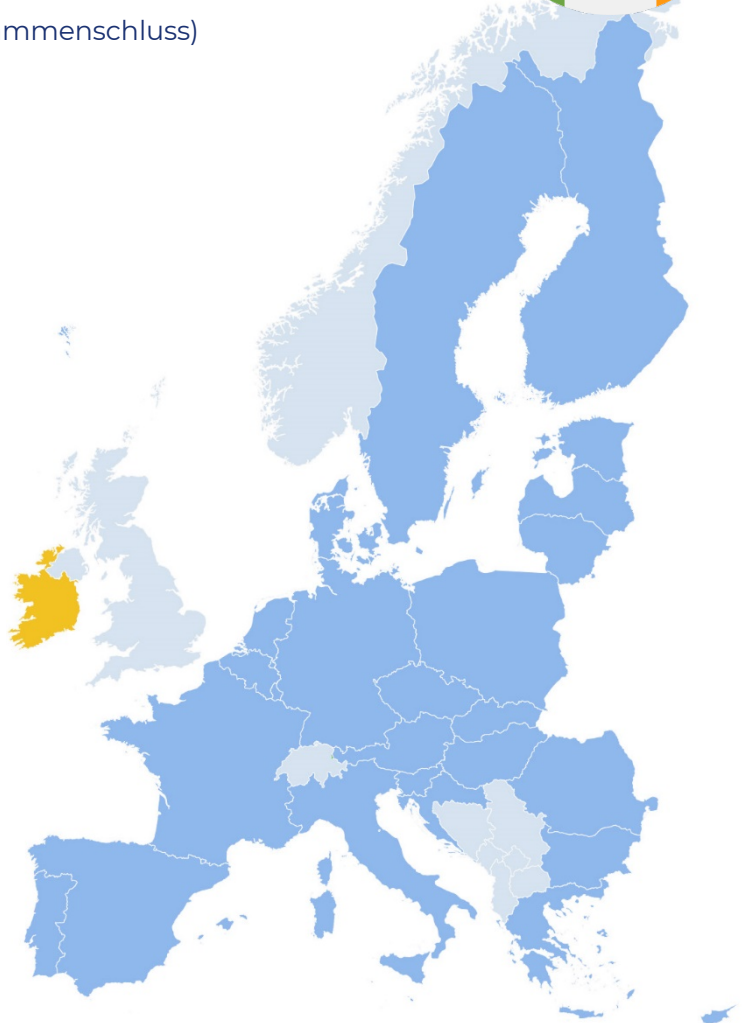
Einwohner_innen: 4,9 Millionen
EU-Mitglied seit: 1973
Regierung: konservativ und grün (Zusammenschluss)



Die Situation in meinem Land

Irland profitiert sehr stark von großen digitalen Unternehmen und ihren Steuerzahlungen. Google, Apple und Facebook haben ihren Europasitz hier. Ein Grund ist, dass sie in Irland weniger Steuern zahlen müssen als in anderen EU-Ländern. Das Land will diese Konzerne nicht verlieren und wehrt sich gegen mehr Bürokratie und teure komplizierte Gesetze.

Fast die Hälfte aller Irinnen und Iren verlässt sich laut Umfragen darauf, dass soziale Netzwerke selbst Fake News und Hate Speech erkennen und deren Verbreitung eindämmen. Viele soziale Netzwerke haben sich selbst Standards gegeben, an die sie sich halten wollen. Das reicht der irischen Regierung.



So stehen wir zur Digitalpolitik in Europa

Der Wirtschaft freien Lauf lassen  Der Wirtschaft Regeln geben

Die digitale Wirtschaft muss frei sein. Nur so entstehen neue Ideen, moderne Start-ups und kreative Arbeiten. Das schafft neue Jobs und mehr Wohlstand.

Das Internet sollte frei sein.  Inhalte im Internet sollten kontrolliert werden.

Anbieter sollten selbst entscheiden, wie sie Inhalte auf ihren Plattformen moderieren. Illegale Inhalte sollten gelöscht werden. Abgesehen davon ist zu viel Kontrolle schädlich.

Nationale Lösungen  Europäische Lösungen

Es bringt nichts, in digitalen Fragen nur europäisch zu denken. Wir brauchen weltweite Lösungen. Wenn das nicht klappt, ist es einfacher, dass jeder Staat selbst entscheidet.

MEINE MEINUNG ZUM VORSCHLAG DER KOMMISSION

ARTIKEL 1 - LÖSCHEN VON INHALTEN

Mein Ziel

Nur Gerichte sollen anordnen können, dass Inhalte gelöscht werden.

Meine Argumente

- ▶ Das Internet muss frei bleiben. Anbieter von Plattformen sollen selbst entscheiden, wie sie mit Fake News und Hate Speech umgehen. Wenn sie sich auf Meldungen von Nutzer_innen und Fachleuten verlassen wollen, ist das ihre Entscheidung.
- ▶ Wenn Gerichte ein Urteil sprechen, dass ein Beitrag Fake News oder Hate Speech enthält, dann können sie das Löschen erzwingen. Eine Anordnung der Polizei sollte dafür nicht ausreichen.
- ▶ Es ist viel zu teuer und aufwendig für die Unternehmen für die Anbieter, aktiv nach Fake News und Hate Speech zu suchen.

▶

ARTIKEL 2 – ZUSTÄNDIGE MELDESTELLE

Mein Ziel

Nationale Meldestelle in dem Land, in dem der Anbieter der Plattform seinen Sitz hat, sollten zuständig sein.

Meine Argumente

- ▶ Eine EU-weite Meldestelle ist viel zu kompliziert. Wir wollen weniger Bürokratie. Das erreichen wir nicht mit neuen europäischen Behörden.
- ▶ Wenn sich Nutzer_innen an eine Meldestelle im eigenen Land wenden können, ist das für sie natürlich einfach. Für Anbieter der Plattformen ist es ein Albtraum: Sie müssen auf Anfragen und Beschwerden aus 27 Ländern gleichzeitig reagieren – unmöglich! Das muss gebündelt werden.
- ▶ Eine Meldestelle in dem Land, in dem der Anbieter einer Plattform sitzt, ist die einfachste Lösung. Es gibt dort bereits Behörden, die diese Aufgabe mit übernehmen können. Sie müssen nicht extra gegründet werden. Und für alle ist eindeutig, wer verantwortlich ist.

▶

ARTIKEL 3 – FRIST FÜR DAS LÖSCHEN VON INHALTEN

Mein Ziel

Die Anbieter versuchen, Inhalte so schnell wie möglich zu löschen. Man sollte ihnen maximal 48 Stunden Zeit geben.

Meine Argumente

- ▶ Die Anbieter von Plattformen haben sich selbst bereits hohe Standards gesetzt. Viele versuchen schon, Fake News und Hate Speech innerhalb von 24 Stunden zu löschen. Wenn sie es mal nicht schaffen, müssen aber gleich Strafen folgen.
- ▶ Wenn ein Gericht es anordnet, sollte ein Beitrag innerhalb von 48 Stunden gelöscht werden. Damit es Fake News trotzdem nicht in die seriösen Nachrichten schaffen, müssen die Journalist_innen Nachrichten eben genau prüfen.
- ▶ Wenn Fake News und Hate Speech bereits oft geteilt wurden, dann dauert das Aufspüren und Löschen der ganzen Beiträge auch länger. Deshalb reichen 24 Stunden nicht aus.

▶

Kroatien

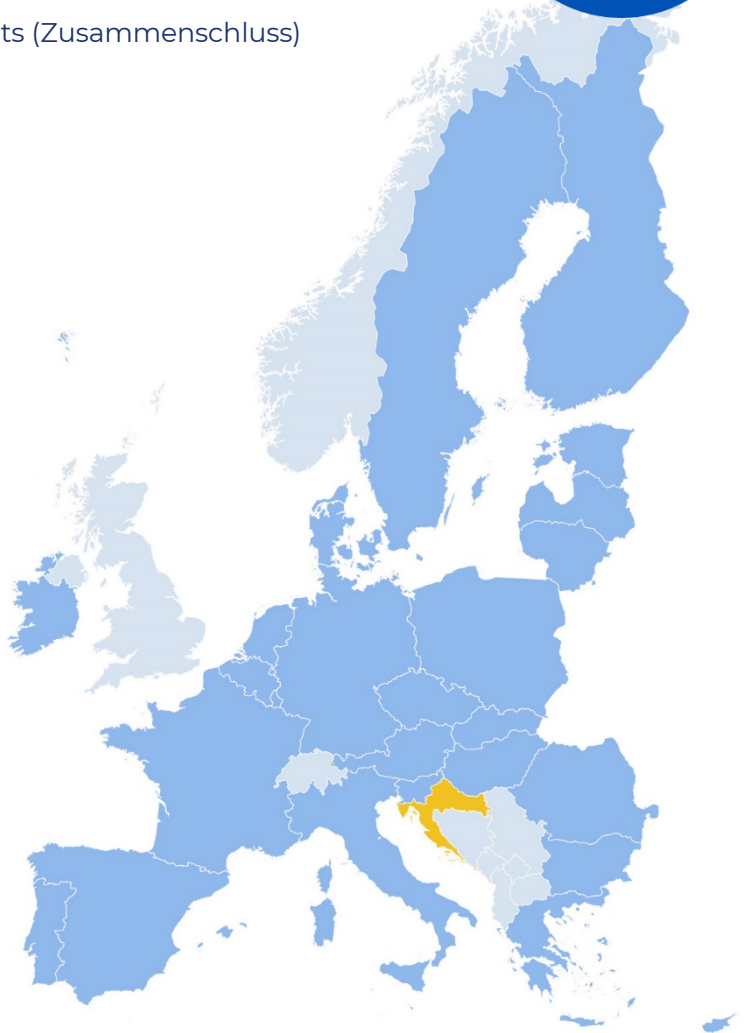


Einwohner_innen: 4 Millionen
EU-Mitglied seit: 2013
Regierung: konservativ und ultra-rechts (Zusammenschluss)

Die Situation in meinem Land

Kroatien ist das neueste EU-Mitgliedsland. In vielen Punkten muss das Land noch aufholen. So wurde z. B. der Zugang zu Internet für private Nutzer_innen in den letzten Jahren stark ausgebaut. Kroatien ist es wichtig, dass alle Länder in Europa die gleichen Ausgangschancen haben. Dafür müssen ärmere Länder unterstützt werden.

In Kroatien treffen laut Umfragen fast drei Viertel der Bevölkerung täglich auf Fake News. Über 40 % sagen, dass sie Inhalten in sozialen Netzwerken oder auf Videoplattformen nicht trauen. Auch Hate Speech ist ein verbreitetes Problem. Trotzdem geben Bürger_innen an, Inhalte kaum zu melden. Ein kroatisches Gesetz ist aber mit Beteiligung der ultra-rechten Partei an der Regierung unwahrscheinlicher geworden, daher wären europäische Lösungen sinnvoll.



So stehen wir zur Digitalpolitik in Europa



Für die digitale Wirtschaft sollte es gemeinsame Regeln geben, um einen fairen Wettbewerb mit gleichen Regeln für alle zu ermöglichen. Sie muss aber so frei sein, dass alle davon profitieren können – auch die Unternehmen.



Die Bürger_innen müssen geschützt werden. Gesetze sollten das Internet regeln und illegale Inhalte und Manipulation verhindern.



Digitalpolitik ist eines der wenigen Bereiche in denen europäische Zusammenarbeit Sinn ergibt. Aber wir müssen sicherstellen, dass sie kein Mitgliedsland außen vorlassen. Wir brauchen hier einen Ausgleich.

MEINE MEINUNG ZUM VORSCHLAG DER KOMMISSION

ARTIKEL 1 - LÖSCHEN VON INHALTEN

Mein Ziel

Nutzer_innen und Fachleute sollten stärker in die Meldung von Inhalten eingebunden werden.

Meine Argumente

- ▶ Nutzer_innen halten sich sehr viel in sozialen Medien auf. Wenn man sie bei der Meldung von Fake News und Hate Speech einbindet, wäre das Internet viel sicherer.
- ▶ Um ein kontrolliertes Löschen von Inhalten zu gewährleisten, sollten die Meldestellen (siehe Artikel 2) Telefon-Hotlines und Online-Chats anbieten. Dort könnten Nutzer_innen und Fachleute, wie z. B. Jurist_innen, anrufen, um Fake News und Hate Speech zu melden. Die Hinweise von Polizei, Fachleuten und vor allem Nutzer_innen können so gebündelt an Anbieter weitergegeben werden. Die können dann die Inhalte löschen.

▶

ARTIKEL 2 – ZUSTÄNDIGE MELDESTELLE

Mein Ziel

Kosten teilen und gemeinsam arbeiten mit einer EU-weiten Meldestelle.

Meine Argumente

- ▶ Eine EU-weite Meldestelle sollte geschaffen werden. Jedes Mitgliedsland der EU muss sich dann an den Kosten beteiligen. Reiche EU-Länder sollten mehr beisteuern, um es ärmeren Mitgliedstaaten zu ermöglichen, wirtschaftlich aufzuholen.
- ▶ Eine EU-weite Meldestelle stellt sicher, dass die Regeln überall genau gleich umgesetzt werden. Das ist gerecht für alle. Außerdem würden die Beschwerden und Urteile schnell bearbeitet und nicht erst von Land zu Land weitergereicht. Gemeinsam können wir so die europäischen Probleme gut angehen.
- ▶ Das Argument, dass dadurch zu viel europäische Bürokratie entsteht, lassen wir nicht gelten. Was ist bürokratischer? Eine EU-weite Meldestelle oder 27 einzelne nationale Meldestellen? Die Frage lässt sich leicht beantworten.

▶

ARTIKEL 3 – FRIST FÜR DAS LÖSCHEN VON INHALTEN

Mein Ziel

Inhalte sollten innerhalb von 48 Stunden gelöscht werden.

Meine Argumente

- ▶ Wenn Nutzer_innen sich an die Meldestellen-Hotline wenden, überprüft die Stelle die gemeldeten Inhalte. Stellt sie fest, dass es sich um Fake News oder Hate Speech handelt, informiert sie den Anbieter der Plattform. Dieser soll dann 48 Stunden Zeit haben, um den Inhalt zu löschen. Sofort geht das nicht, das wäre zu viel verlangt.
- ▶ Auch für die Meldestellen kann es in bestimmten Fällen schwierig sein, Fake News und Hate Speech zu erkennen. Manchmal muss deshalb nochmal genau überprüft werden, ob es sich tatsächlich um Hate Speech und Fake News handelt - oder doch um eine freie Meinungsäußerung. Schließlich darf die Meinungsfreiheit nicht gefährdet werden. Ist eine genauere Prüfung, z. B. durch ein Gericht, notwendig, kann die Frist verlängert werden.

▶

Österreich



Einwohner_innen: 8,8 Millionen
EU-Mitglied seit: 1995
Regierung: konservativ und grün (Zusammenschluss)




Die Situation in meinem Land

Österreich versucht beim Thema Digitalisierung seit einiger Zeit zu anderen Ländern wie Estland oder Dänemark aufzuholen. Dabei will Österreich vor allem die digitale Wirtschaft vorantreiben. Nur etwa zwei Drittel der Bevölkerung nutzen soziale Medien. Trotzdem finden viele Bürger_innen, dass Hate Speech und Fake News eingedämmt werden müssen.

Seit 2019 hat Österreich ein Gesetz, um besser gegen Straftaten im Internet vorgehen zu können. Es verlangt, dass Nutzer_innen in sozialen Medien und Foren ihren Namen bei dem Anbieter der Plattform angeben. Sollten Nutzer_innen dann Fake News oder Hate Speech posten, ist es für die Polizei einfach, sie zu finden und zu bestrafen.



So stehen wir zur Digitalpolitik in Europa

Der Wirtschaft freien Lauf lassen		Der Wirtschaft Regeln geben	Klare Regeln machen es Unternehmen leichter, sich richtig zu verhalten. Das hilft am Ende auch der Wirtschaft und sorgt dafür, dass die gleichen Regeln für alle gelten.
Das Internet sollte frei sein.		Inhalte im Internet sollten kontrolliert werden.	Es ist wichtig, unsere Bürger_innen im Internet zu schützen. Das geht nur, indem wir es kontrollieren und Verbrechen auch online verfolgen. Das Internet darf kein rechtsfreier Raum sein.
Nationale Lösungen		Europäische Lösungen	Europäische Lösungen sind in großen Fragen, die nicht nur einzelne Staaten betreffen, sinnvoll. Brüssel sollte sich aber nicht in alle Details einmischen.

MEINE MEINUNG ZUM VORSCHLAG DER KOMMISSION

ARTIKEL 1 - LÖSCHEN VON INHALTEN

Mein Ziel

Anbieter sollten selbst aktiv suchen und eng mit Polizei und Fachleuten zusammenarbeiten.

Meine Argumente

- ▶ Polizei und Fachleute, z. B. Jurist_innen, haben Erfahrung damit, wann Beiträge Hate Speech und Fake News enthalten. Sie sollten die wichtigsten Ansprechpartner_innen beim Löschen von Inhalten sein.
- ▶ Trotzdem sollten auch die Anbieter selbst aktiv nach Fake News und Hate Speech suchen, denn sie kennen ihre Plattform am besten. Sie haben viel technisches Wissen und die oft auch genügend Geld, um extra hierfür Mitarbeiter_innen einzustellen.
- ▶ Anbieter müssen selbst auch Verantwortung übernehmen. Sie sollten wissen, was auf ihren Plattformen gepostet wird und Inhalte löschen, wenn sie diskriminieren oder unwahr sind.
- ▶

ARTIKEL 2 – ZUSTÄNDIGE MELDESTELLE

Mein Ziel

Wer genau das Gesetz durchsetzt, ist egal. Die Hauptsache ist, dass Anbieter und Nutzer_innen in jedem Land Ansprechpartner_innen haben.

Meine Argumente

- ▶ Sowohl der Aufbau eigener Meldestellen im Land als auch einer EU-weiten Meldestelle verursacht Kosten. Aber in den einzelnen Ländern können bereits bestehende Behörden die Aufgabe übernehmen. Das könnte die billigere Option sein.
- ▶ Wichtig ist vor allem, dass die Anbieter und Nutzer_innen in jedem Land Ansprechpartner_innen haben. Der Kontakt mit der zuständigen Meldestelle muss ohne große Umwege möglich sein. Dann ist es auch kein Problem, wenn Anbieter ihren Sitz in einem anderen EU-Land haben.
- ▶

ARTIKEL 3 – FRIST FÜR DAS LÖSCHEN VON INHALTEN

Mein Ziel

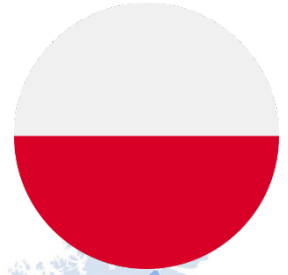
Beiträge, in denen Hate Speech oder Fake News vermutet werden, sollten erst einmal verborgen werden und können nach einer Prüfung entweder endgültig gelöscht oder wieder freigegeben werden.

Meine Argumente

- ▶ Wenn Anbieter kontrollieren, was auf ihren Plattformen gepostet wird, können Inhalte mit Fake News und Hate Speech schnell erkannt und erst einmal verborgen werden. Nach einer Überprüfung könnten sie wieder freigegeben werden, wenn ein Irrtum vorlag.
- ▶ Bei schwierigen Fällen können sich die Anbieter noch mit Fachleuten oder der Polizei beraten. Das schafft Klarheit.
- ▶ Wenn Polizei oder Fachleute Anbietern melden, dass Beiträge Hate Speech oder Fake News enthalten, müssen die Plattformen schnell handeln. Damit betroffene Nutzer_innen nicht noch mehr leiden, sollten Inhalte innerhalb von 12 Stunden gelöscht werden.
- ▶

Polen

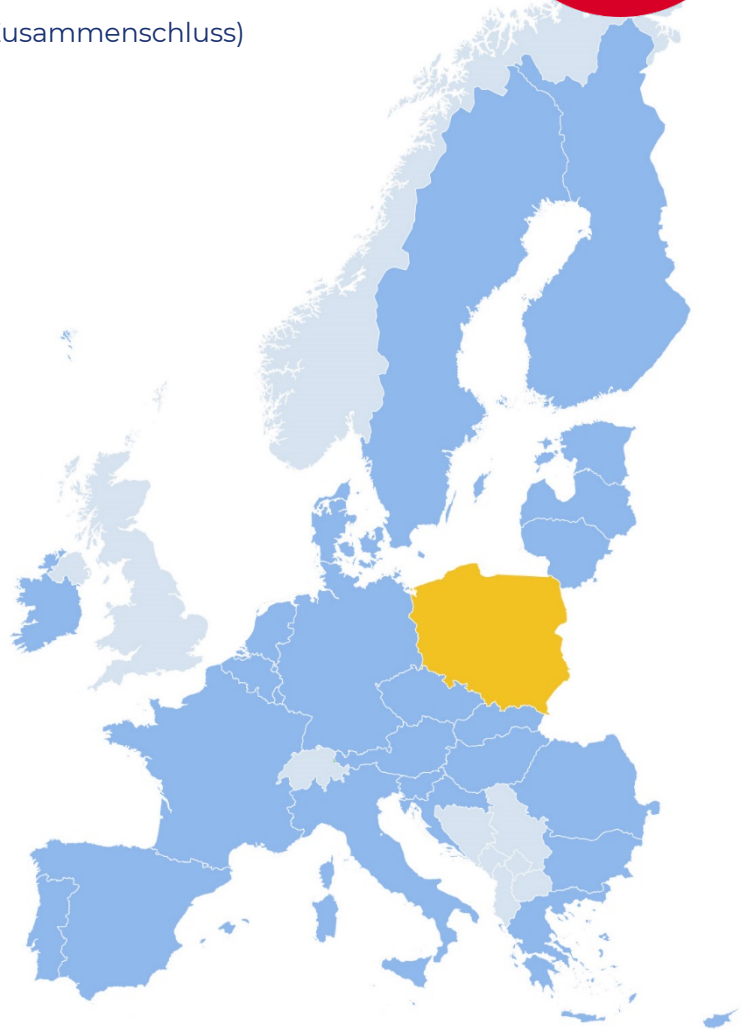
Einwohner_innen: 38 Millionen
EU-Mitglied seit: 2004
Regierung: liberal, konservativ, links (Zusammenschluss)



Die Situation in meinem Land

In den großen Städten Polens ist das Internet allgegenwärtig. In ländlichen Regionen ist das allerdings noch ganz anders: Hier gibt es teilweise noch nicht einmal Mobilfunknetz. Dementsprechend nutzen vor allem junge Leute in Städten soziale Medien.

Die Nutzer_innen von sozialen Medien sehen ein großes Problem in Fake News und besonders Hate Speech. Die neue polnische Regierung versucht die Freiheit der Medien wieder zu sichern und den Fake News der ehemaligen Regierungspartei entgegenzuwirken. Besonders über gerichtliche Verfahren soll das geschehen.



So stehen wir zur Digitalpolitik in Europa

Der Wirtschaft
freien Lauf lassen



Der Wirtschaft
Regeln geben

Unternehmen sollten nicht mit zu strengen Regeln belastet werden. Die Wirtschaft regelt vieles schon allein, wenn man sie nur lässt.

Das Internet
sollte frei sein.



Inhalte im
Internet sollten
kontrolliert
werden.

Jede_r sollte im Internet frei seine Meinung äußern dürfen, solange das nicht diskriminiert. Das Internet zu stark einzuschränken, ist falsch.

Nationale
Lösungen



Europäische
Lösungen

Europäische Lösungen sind sinnvoll, wenn es um Probleme geht, die Staaten alleine nicht lösen können.

MEINE MEINUNG ZUM VORSCHLAG DER KOMMISSION

ARTIKEL 1 - LÖSCHEN VON INHALTEN

Mein Ziel

Nur Gerichte sollen anordnen können, dass Inhalte gelöscht werden.

Meine Argumente

- ▶ Viele Anbieter haben bereits eigene Standards. Sie löschen oft schon von Nutzer_innen gemeldete Inhalte, die sie als Hate Speech oder Fake News bewerten. Das ist ein guter Mechanismus, in den man nicht eingreifen sollte. Auf keinen Fall sollte man Unternehmen vorschreiben, alle Beiträge zu durchsuchen. Das ist nicht praktikabel.
- ▶ Die Beschwerden einzelner Nutzer_innen allein sollten nicht ausreichen, um das Löschen zu erzwingen. Sonst könnte jede_r einfach Beiträge melden, die ihm oder ihr nicht passen.
- ▶ Manche Fälle sind aber nicht eindeutig oder Nutzer_innen widersprechen der Einschätzung der Plattformen. Dann sollten Gerichte ins Spiel kommen und entscheiden, ob die Beiträge gelöscht werden.
- ▶

ARTIKEL 2 – ZUSTÄNDIGE MELDESTELLE

Mein Ziel

Nationale Meldestellen in dem Land, in dem der Anbieter der Plattform seinen Sitz hat, sollten zuständig sein.

Meine Argumente

- ▶ Eine EU-weite Meldestelle ist viel zu kompliziert. Wir wollen wenig Bürokratie, das geht nicht mit zusätzlichen EU-Behörden.
- ▶ Behörden in allen 27 EU-Ländern als Beschwerdestelle für Nutzer_innen vor Ort sind auch zu aufwendig. Für Anbieter ist es aufwendig und sehr teuer, auf Anfragen und Beschwerden aus 27 Ländern gleichzeitig zu reagieren. Die Meldungen müssen stattdessen gebündelt werden.
- ▶ Die Länder, in denen große digitale Unternehmen sitzen, profitieren von den Arbeitsplätzen und Steuerzahlungen dieser Unternehmen. Da ist es nur fair, wenn genau diese Länder Meldestellen schaffen, um das Gesetz durchzusetzen.
- ▶

ARTIKEL 3 – FRIST FÜR DAS LÖSCHEN VON INHALTEN

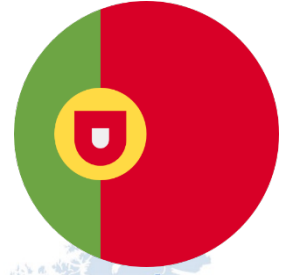
Mein Ziel

Nach gerichtlicher Anordnung sollten Inhalte mit Fake News oder Hate Speech innerhalb von 48 Stunden gelöscht werden.

Meine Argumente

- ▶ Wenn Gerichte es anordnen, sollten Inhalte innerhalb von 48 Stunden (zwei Tagen) gelöscht werden. Weniger Zeit ist eine zu große Belastung für die Unternehmen. Aber noch länger darf man nicht warten. Fake News können sehr schnell, sehr problematisch sein!
- ▶ Manche Anbieter von Plattformen haben sich bereits eigene Regeln gegeben. Viele versuchen, Fake News und Hate Speech innerhalb von 24 Stunden zu löschen. Warum sollte die EU in Angelegenheiten eingreifen, die Unternehmen selbst gut regeln können?
- ▶

Portugal

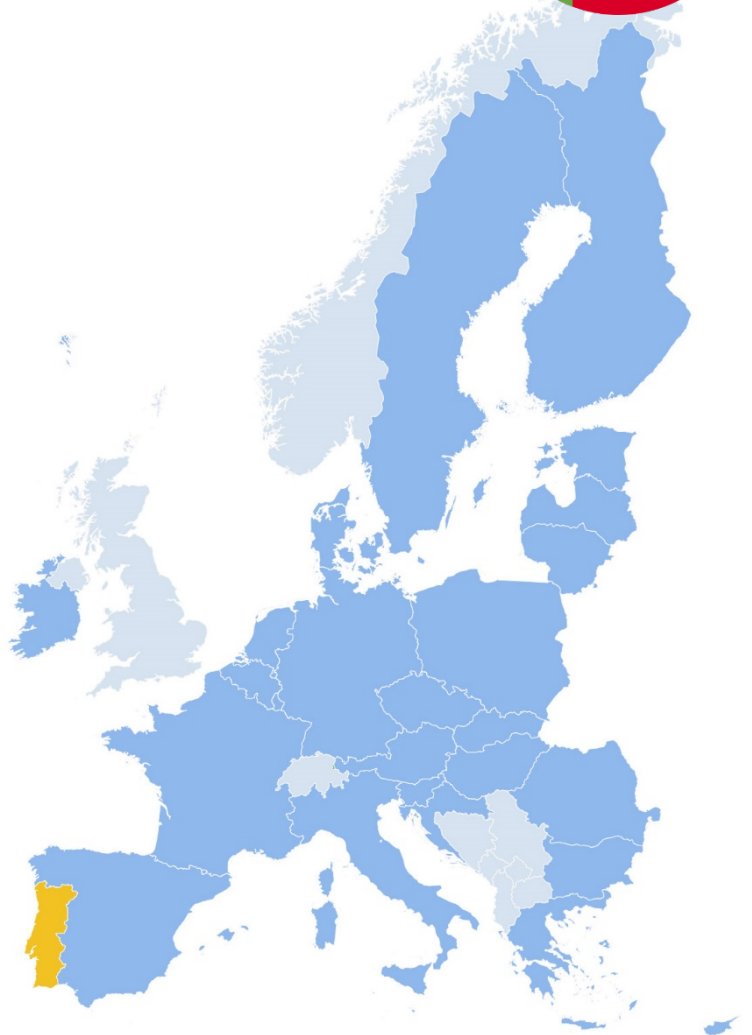


Einwohner_innen: 10,2 Millionen
EU-Mitglied seit: 1986
Regierung: mitte-rechts

Die Situation in meinem Land

Portugal ist ein Land, das sich seit dem EU-Beitritt dafür einsetzt, dass die Länder der EU immer mehr Gesetze gemeinsam beschließen. Auch beim Thema Fake News und Hate Speech ist Portugal stark dafür, dass die EU-Länder gemeinsam handeln.

Seit 2020 hat Portugal mit dem Digitalen Transformationsplan viele Gesetze verabschiedet: Unter anderem ein Gesetz, welches die Menschen vor Falschinformationen schützen soll und Plattformbetreiber stärker in die Pflicht nimmt. Menschen in Portugal empfinden Fake News und Hate Speech als großes Problem und wünschen sich weiterführende Lösungen, die nicht allein auf Anbieter von Plattformen vertrauen.



So stehen wir zur Digitalpolitik in Europa

Der Wirtschaft
freien Lauf lassen



Der Wirtschaft
Regeln geben

Eine faire Wirtschaft braucht Regeln, gleichzeitig dürfen wir Unternehmen nicht zu stark belasten. Das würde unserer Wirtschaft schaden.

Das Internet
sollte frei sein.



Inhalte im
Internet sollten
kontrolliert
werden.

Das Recht auf freie Meinungsäußerung ist sehr wichtig. Wir sollten das Internet daher nur kontrollieren, um unsere Bürger_innen zu schützen.

Nationale
Lösungen



Europäische
Lösungen

Das Internet hört nicht an Landesgrenzen auf. Wir sollten besonders bei digitalen Angelegenheiten europäische Lösungen finden.

MEINE MEINUNG ZUM VORSCHLAG DER KOMMISSION

ARTIKEL 1 - LÖSCHEN VON INHALTEN

Mein Ziel

Gerichte, Polizei und Fachleute sollen stärker eingebunden werden.

Meine Argumente

- ▶ Die Internetplattformen müssen stärker in der Verantwortung sein, aber wir glauben, dass es letztlich Aufgabe des Staates oder von Fachleuten ist, zu entscheiden, was Fake News und Hate Speech sind. So wird das Recht auf Meinungsfreiheit sichergestellt!
- ▶ Wir brauchen mündige Bürger_innen! Dafür müssen wir sie schulen und informieren, was Hate Speech und Fake News sind und wie man sie erkennen kann. Dann können sie es z. B. der Polizei melden. Wenn die Beiträge wirklich Hassrede und Falschinformationen enthalten, kann die Polizei die Anbieter zum Löschen auffordern.
- ▶

ARTIKEL 2 – ZUSTÄNDIGE MELDESTELLE

Mein Ziel

Nur eine EU-weite Meldestelle kann bei grenzüberschreitenden Problemen gut eingreifen.

Meine Argumente

- ▶ Die EU sollte sich mehr vernetzen. Wenn wir gemeinsam Gesetze machen, sollten wir auch eine gemeinsame Meldestelle haben, die sich um die Durchsetzung des Gesetzes kümmert. Sonst wendet jedes Land das Gesetz unterschiedlich an.
- ▶ Fake News und Hate Speech sind grenzüberschreitende Probleme und betreffen alle EU-Bürger_innen. Deshalb braucht es eine Meldestelle für die gesamte EU. Eine Meldestelle, die nur in einem Land etwas tun kann, ist hier machtlos.
- ▶ Es ist sehr wichtig, die Leute zu unterstützen, die von Fake News und Hate Speech betroffen sind. Kontaktpersonen in jedem Land sind also zusätzlich auch nötig. Sie sollten Beschwerden sammeln und an die EU-Meldestellen weiterleiten.
- ▶ Mit einer EU-Meldestelle kann verhindert werden, dass Beiträge mit Fake News und Hate Speech mehrfach bei verschiedenen Stellen in mehreren Ländern angezeigt werden.
- ▶

ARTIKEL 3 – FRIST FÜR DAS LÖSCHEN VON INHALTEN

Mein Ziel

Inhalte mit Fake News oder Hate Speech sollten innerhalb von 24 Stunden gelöscht werden. Vor Wahlen sollte das innerhalb von 12 Stunden passieren.

Meine Argumente

- ▶ Wenn Polizei oder Gerichte Anbietern mitteilen, dass Beiträge Fake News oder Hate Speech enthalten, sollten diese innerhalb von 24 Stunden gelöscht werden. So haben Unternehmen einerseits genug Zeit, andererseits werden Bürger_innen wirksam geschützt.
- ▶ Gerade vor Wahlen sind Fake News ein großes Problem. Sie verbreiten sich schnell und können die Wahlentscheidung der Menschen beeinflussen. Dann sollte man auf jeden Fall schneller, am besten innerhalb von 12 Stunden, handeln. Wir müssen sicherstellen, dass niemand mit Falschinformationen gezielt Wahlen manipuliert.
- ▶

Schweden

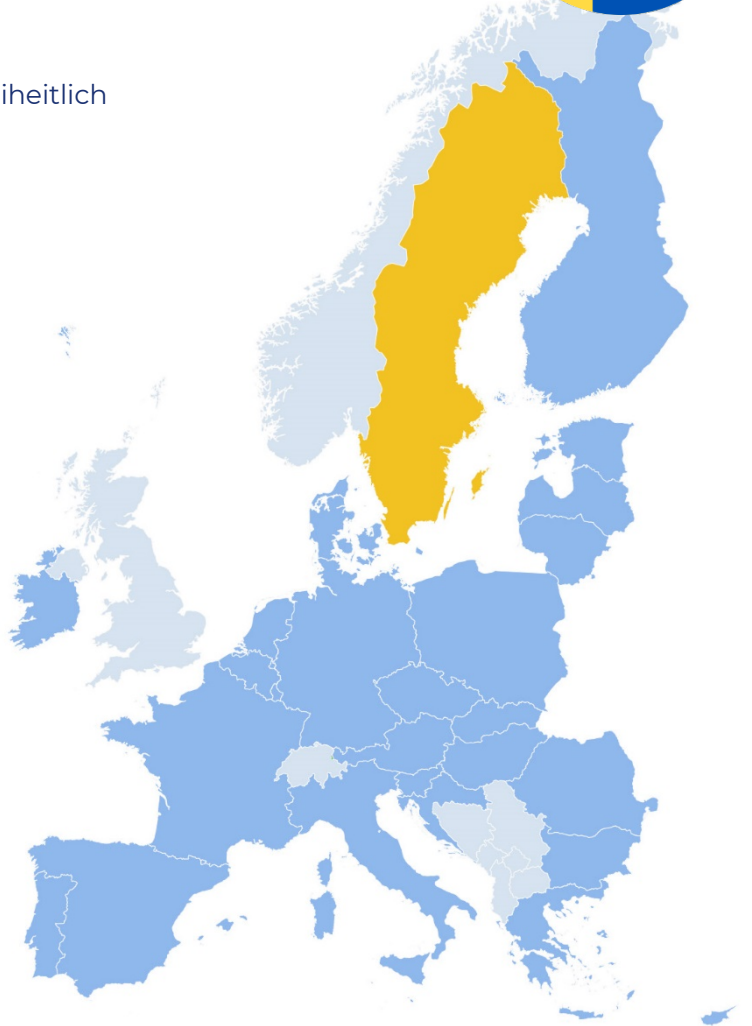


Einwohner_innen: 10,5 Millionen
EU-Mitglied seit: 1995
Regierung: konservativ, bürgerlich, freiheitlich
 (Minderheitsregierung)

Die Situation in meinem Land

Schweden ist ein Vorreiter in Sachen Digitalisierung. Hier wurden etwa die bekannten Online-Dienste Spotify und Skype erfunden und groß gemacht. Und auch im Alltag der Menschen spielt die Digitalisierung eine große Rolle: In vielen Geschäften kann man nicht mehr mit Bargeld bezahlen. Selbst die Tickets für den öffentlichen Nahverkehr gibt es nur noch online. Die sozialen Medien sind ebenfalls sehr beliebt. 80 % der Bevölkerung sind auf mindestens einer Plattform unterwegs.

Der schwedischen Regierung ist es besonders wichtig, dass die Menschen im Internet frei ihre Meinung äußern können. Gleichzeitig soll das Internet nicht zur Verbreitung von Fake News genutzt werden. Deswegen hat Schweden im Jahr 2021 eine staatliche Agentur zur Bekämpfung von Falschmeldungen eingerichtet.



So stehen wir zur Digitalpolitik in Europa

Der Wirtschaft freien Lauf lassen



Der Wirtschaft Regeln geben

Die Wirtschaft braucht ausreichend Freiheiten. Gerade im digitalen Bereich fördert das die Kreativität von Unternehmen und trägt damit insgesamt zu mehr Wohlstand bei.

Das Internet sollte frei sein.



Inhalte im Internet sollten kontrolliert werden.

Das Recht auf freie Meinungsäußerung ist ein Grundrecht. Besonders im Internet muss dieses gewahrt werden. Kontrolle und strenge Regeln gefährden dieses Grundrecht.

Nationale Lösungen



Europäische Lösungen

Die wichtigsten Fragen müssen national gelöst werden. In manchen Punkten ist es aber sinnvoll, zusammenzuarbeiten.

DER KOMMISSION



ARTIKEL 1 - LÖSCHEN VON INHALTEN

Mein Ziel

Nur Gerichte sollen anordnen können, dass Inhalte gelöscht werden.

Meine Argumente

- ▶ Freie Meinungsäußerung ist ein wichtiges Grundrecht in unserer Demokratie. Beiträge im Internet zu löschen, ist ein Eingriff in dieses Recht. Das sollte nur mit einer guten Begründung zulässig sein.
- ▶ Deshalb sollten nur Gerichte nach gründlicher Überprüfung entscheiden dürfen, ob Inhalte Fake News oder Hate Speech enthalten und gelöscht werden müssen.
- ▶ Wir dürfen nicht Anbieter von Plattformen oder Maschinen entscheiden lassen, was unsere Bürger_innen sagen dürfen. Sie können sich irren und auch harmlose Beiträge löschen. Automatische Filter sind inakzeptabel.

▶

ARTIKEL 2 – ZUSTÄNDIGE MELDESTELLE

Mein Ziel

Meldestellen im Heimatland der betroffenen Nutzer_innen sollten zuständig sein.

Meine Argumente

- ▶ Jedes Land sollte seine eigenen Bürger_innen schützen. Deshalb ist es wichtig, dass betroffene Nutzer_innen im eigenen Land Ansprechpartner_innen haben.
- ▶ Wenn Meldestellen im Ausland sitzen, hält das sicher viele Nutzer_innen davon ab, ihr Recht einzufordern. Bürger_innen müssen gut darüber informiert sein, wie sie sich wehren können und was für Rechte sie haben.
- ▶ Der Kontakt mit der zuständigen Meldestelle muss ohne große Umwege möglich sein. Dann ist es auch kein Problem, wenn Anbieter ihren Sitz in einem anderen EU-Land haben.

▶

ARTIKEL 3 – FRIST FÜR DAS LÖSCHEN VON INHALTEN

Mein Ziel

Nach gerichtlicher Anordnung sollten Inhalte mit Fake News oder Hate Speech innerhalb von 24 Stunden gelöscht werden. Vor Wahlen sollte das innerhalb von 12 Stunden passieren.

Meine Argumente

- ▶ Wenn Anbieter von Gerichten zum Löschen von Inhalten verurteilt werden, sollten sie das Urteil schnell umsetzen. Eine Frist von 24 Stunden ist bei großen Unternehmen angemessen. Wenn die Anbieter von Plattformen hierfür noch nicht genügend Mitarbeiter_innen haben, müssen sie eben neue einstellen.
- ▶ Das schnelle Löschen von Inhalten ist zentral. Wenn sich eine Nachricht erst einmal in alle Richtungen verbreitet hat, ist es schwieriger, den Schaden zu begrenzen.
- ▶ Vor Wahlen sind Fake News ein besonders großes Problem. Dann sollte man schneller, am besten innerhalb von 12 Stunden, handeln. Wir müssen sicherstellen, dass Falschinformationen die Wahlen nicht beeinflussen.

▶

Slowenien

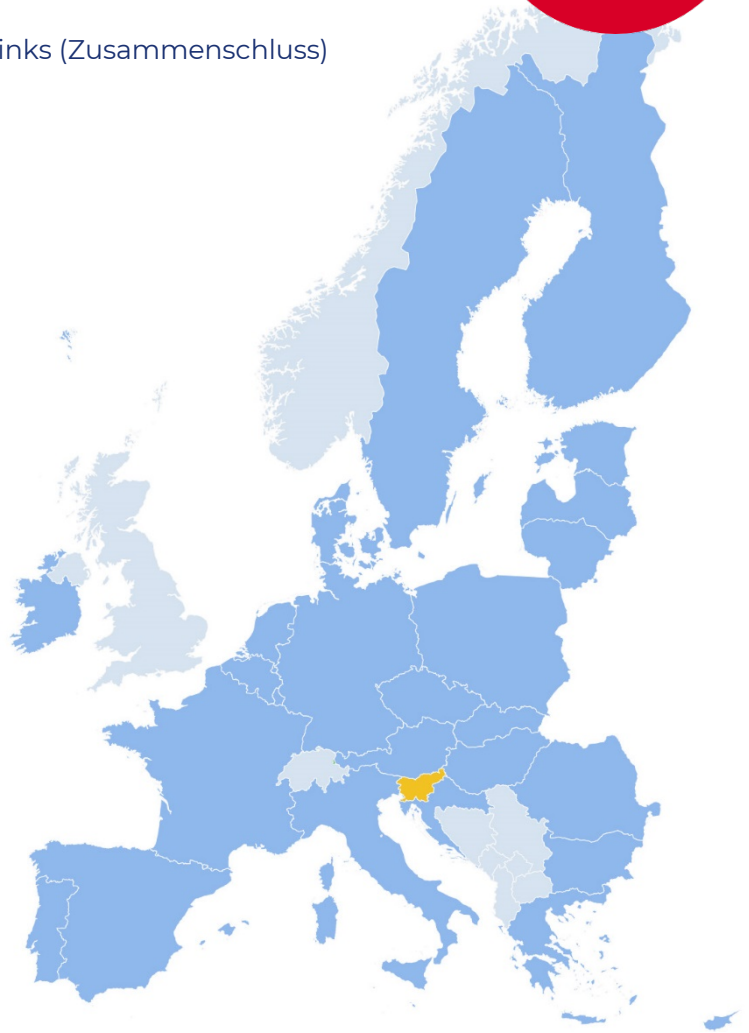
Einwohner_innen: 2 Millionen
EU-Mitglied seit: 2004
Regierung: grün, sozialdemokratisch, links (Zusammenschluss)



Die Situation in meinem Land

Slowenien liegt in der Mitte Europas und sieht sich selbst oft als Vermittler zwischen östlichen und westlichen EU-Staaten. Seit dem EU-Beitritt 2004 hat das Land im Vergleich zu vielen westeuropäischen Staaten stark aufgeholt: Die Wirtschaft wuchs und die Einkommen der Menschen stiegen.

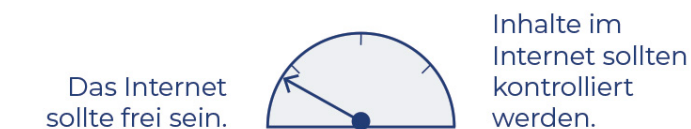
Grundsätzlich ist Slowenien bereit, im Kampf gegen Fake News und Hate Speech gemeinsam mit anderen EU-Ländern Gesetze zu machen. Besonders Fake News waren in den letzten Jahren immer wieder Thema in Slowenien. Viele Menschen sehen diese als eine ernste Gefahr für die Demokratie an. 80 % der Bevölkerung fühlen sich außerdem durch Hate Speech bedroht, melden solche Inhalte jedoch nicht. Viele Slowen_innen finden, dass Fachleute, z. B. Jurist_innen, am besten qualifiziert sind, um Fake News und Hate Speech zu erkennen.



So stehen wir zur Digitalpolitik in Europa



Die Wirtschaft muss frei sein, damit sie wachsen kann und alle davon profitieren können. Staatliche Kontrolle und strenge Gesetze wirken wie eine Bremse für Unternehmen.



Um Meinungsfreiheit zu garantieren, darf das Internet nur in Ausnahmefällen kontrolliert werden.



Viele Dinge können die Staaten selbst regeln. Es ist aber gut, wenn es dafür einen europäischen Rahmen gibt. Die Details kann dann jedes Land selbst entscheiden.

DER KOMMISSION

ARTIKEL 1 - LÖSCHEN VON INHALTEN

Mein Ziel

Fachleute sollten am ehesten entscheiden, was gelöscht werden muss.

Meine Argumente

- ▶ Fachleute können am besten einschätzen, welche Inhalte gelöscht werden sollten. Es ist gut, wenn sie weder für die Anbieter noch für den Staat arbeiten. Unabhängige Fachleute, wie z. B. Wissenschaftler_innen, sind am besten geeignet, weil sie neutral sind.
- ▶ Am Ende sollten Gerichte entscheiden, ob Inhalte gelöscht werden müssen oder nicht. Nur so lässt sich die Meinungsfreiheit schützen – sowohl vor staatlichen Eingriffen als auch der Willkür von Plattformanbietern.
- ▶

ARTIKEL 2 – ZUSTÄNDIGE MELDESTELLE

Mein Ziel

Einigkeit unter den Mitgliedsländern erzielen.

Meine Argumente

- ▶ Ob wir mehrere nationale oder eine EU-weite Meldestelle einrichten, ist im Grunde egal. Wir haben wesentlich wichtigere Punkte, über die man sprechen muss. Wir sollten hier schnell und eine unkomplizierte Lösung finden.
- ▶ Es muss vor allem sichergestellt werden, dass solche Meldestellen nicht zu bürokratisch und zu teuer sind. Eine sinnvolle Lösung wäre vielleicht, wenn Bürger_innen sich an nationale Kontaktstellen wenden. Diese könnten die Beschwerden dann an eine einzige Meldestelle im Land des Firmensitzes weiterleiten.
- ▶ Ein Beispiel: Eine spanische Nutzerin beschwert sich auf Spanisch bei der spanischen Kontaktstelle über einen Fake-News-Beitrag auf Facebook. Die Kontaktstelle leitet die Beschwerde an die Meldestelle in Irland weiter, wo der europäische Sitz von Facebook ist.
- ▶

ARTIKEL 3 – FRIST FÜR DAS LÖSCHEN VON INHALTEN

Mein Ziel

Inhalte sollten so schnell wie möglich gelöscht werden. Was genau das bedeutet, kann verhandelt werden.

Meine Argumente

- ▶ Es gibt in Slowenien selbst kein Gesetz, dass eine Frist für das Löschen von Hate Speech oder Fake News vorgibt. Aber immer mehr Nutzer_innen in Slowenien sind davon betroffen und anderen Menschen in der EU geht es genauso. Deshalb sollte es eine EU-weite Regelung geben. Hate Speech und Fake News sollten so schnell wie möglich aus dem Internet entfernt werden.
- ▶ Besonders vor Wahlen sind Fake News ein großes Problem. Z. B. könnte sich eine Falschmeldung über angebliche Verbrechen einer Politikerin rasant verbreiten. Wenn das nicht sofort gelöscht wird, könnte das Menschen davon abhalten, die Person zu wählen. Vielleicht wäre es sinnvoll, dafür ein Schnellverfahren einzuführen.
- ▶

Spanien



Einwohner_innen: 47 Millionen
EU-Mitglied seit: 1986
Regierung: sozialdemokratisch und links (Zusammenschluss)

Die Situation in meinem Land

Die Digitalisierung ist in Spanien bereits weit vorangeschritten. Ein Großteil des Landes hat Internetzugang und die Verwaltung arbeitet in vielen Bereichen längst online. Und auch privat nutzen die Spanier_innen gerne das Internet, insbesondere Social Media. Mehr als 85 % der erwachsenen Bevölkerung sind auf einer oder mehreren Plattformen aktiv.

In Spanien zeigen sich aber auch die Schattenseiten des Internets. Vor allem Fake News sind ein verbreitetes Problem. In einer Umfrage gaben mehr als die Hälfte der Befragten an, im Internet häufig auf Fake News zu stoßen. Deswegen hat die Regierung 2020 einen Plan vorgelegt, wie sie gegen Fake News vorgehen will. Die Regierung durchsucht das Internet nach Falschmeldungen und kann eigene Kampagnen zur Aufklärung starten.



So stehen wir zur Digitalpolitik in Europa

Der Wirtschaft
freien Lauf lassen



Der Wirtschaft
Regeln geben

Digitale Unternehmen brauchen Regeln, um die Bürger_innen zu schützen. Nur so kann sich die Wirtschaft gut und fair entwickeln.

Das Internet
sollte frei sein.



Inhalte im
Internet sollten
kontrolliert
werden.

Wir müssen unsere Bürger_innen vor Hate Speech und Fake News schützen. Das Recht auf freie Meinungsäußerung darf im Internet nicht missbraucht werden.

Nationale
Lösungen



Europäische
Lösungen

Wir müssen schnell handeln, am besten gemeinsam als EU. Wenn europäische Lösungen aber nicht zustande kommen, werden wir allein vorangehen.

MEINE MEINUNG ZUM VORSCHLAG DER KOMMISSION



ARTIKEL 1 - LÖSCHEN VON INHALTEN

Mein Ziel

Nutzer_innen sollten stärker eingebunden werden.

Meine Argumente

- ▶ Das letzte Wort haben Gerichte. Sie entscheiden, ob Inhalte Hate Speech oder Fake News enthalten. Dann müssen diese Beiträge in jedem Fall gelöscht werden.
- ▶ Auch die Nutzer_innen selbst sollten eingebunden werden. Wenn sie Fake News und Hate Speech erkennen können und sofort melden, wird das Internet viel sicherer.
- ▶ Wir müssen aber auch Missbrauch verhindern. Wer eigentlich wahre Meldungen absichtlich als falsch meldet, könnte dafür bestraft werden.
- ▶ Die Anbieter von Plattformen können nicht von sich aus die vielen Beiträge durchsuchen, die jeden Tag gepostet werden. Auch automatische Filter sind keine Gute Lösung, da sie auch Inhalte löschen, die niemandem schaden, z. B. Witze oder Satire. Das würde das Recht auf freie Meinungsäußerung gefährden.
- ▶

ARTIKEL 2 – ZUSTÄNDIGE MELDESTELLE

Mein Ziel

Die Meldestelle in dem Land, in dem der Anbieter der betreffenden Plattform seinen Sitz hat, sollte zuständig sein.

Meine Argumente

- ▶ Für viele andere Gesetze in der EU gilt schon: Nationale Behörden sind zuständig für die Firmen in ihrem Land. Das funktioniert sehr gut. Der Aufbau einer EU-weiten Meldestelle ist zu teuer und zu kompliziert.
- ▶ Die Firmen zahlen die Steuern in dem Land, in dem sie ihren Sitz haben. Die Länder profitieren also von den Steuergeldern. Dann sollen sie einen Teil des Geldes nutzen, um eine Meldestelle für die ganze EU einzurichten.
- ▶ In der Praxis bedeutet das z. B.: Beschwerden an Facebook werden in Irland gemeldet, weil der europäische Sitz der Firma in Irland ist. Dort zahlt Facebook auch seine Steuern.
- ▶

ARTIKEL 3 – FRIST FÜR DAS LÖSCHEN VON INHALTEN

Mein Ziel

Beiträge mit Verdacht auf Hate Speech oder Fake News sollten erst einmal verborgen werden. Dann werden sie überprüft und entweder wieder freigegeben oder gelöscht.

Meine Argumente

- ▶ Nutzer_innen können ziemlich gut erkennen, wenn Beiträge Fake News und Hate Speech enthalten. Dann sollten diese Inhalte zum Schutz der Bürger_innen erstmal verborgen werden. Nach einer Überprüfung können sie wieder freigegeben werden, z. B., wenn Nutzer_innen sich geirrt haben.
- ▶ Die Überprüfung der verborgenen Beiträge sollte aber nicht zu lange dauern. Nach maximal 48 Stunden sollte der Beitrag entweder gelöscht oder wieder freigegeben werden.
- ▶ Fake News sind besonders vor Wahlen sehr gefährlich. 3 Monate vor Wahlen sollte es möglich sein, dass Gerichte die Löschung innerhalb von 24 Stunden anordnen.
- ▶

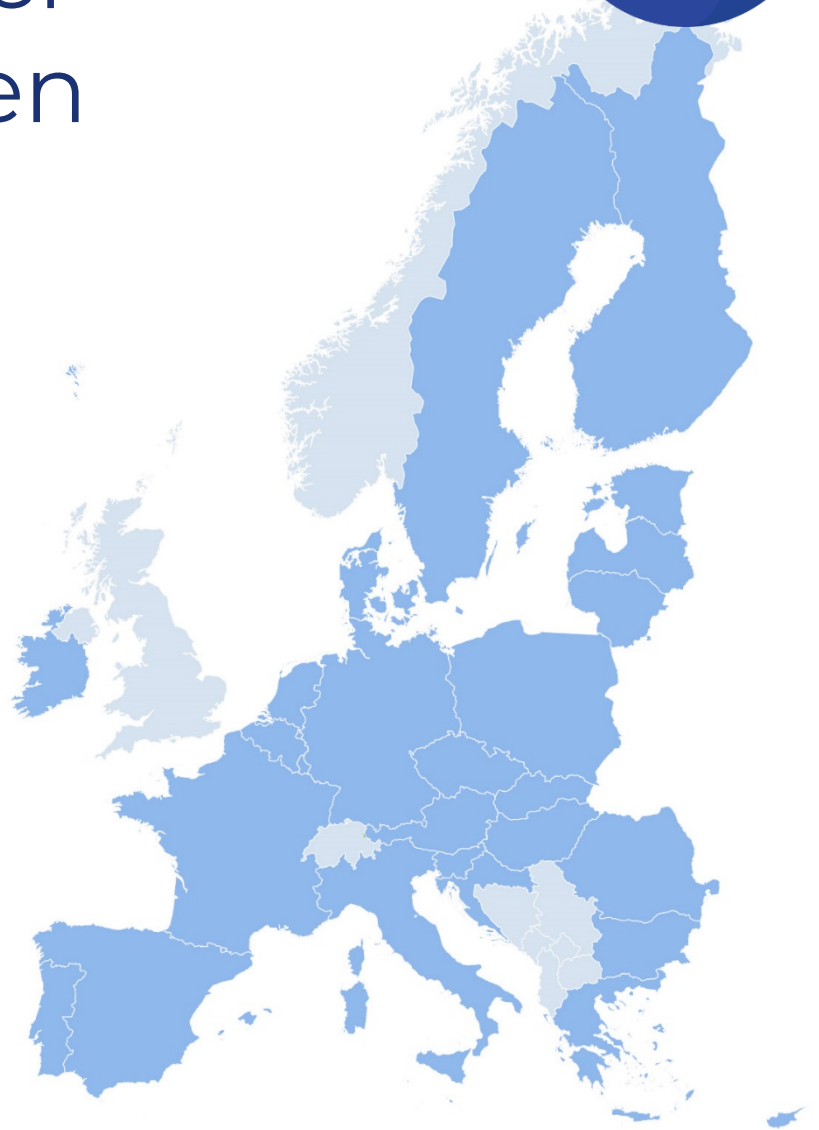
Generalsekretariat des Rates der Europäischen Union



Deine Rolle als Sitzungsleitung

Das Generalsekretariat des Rates der EU unterstützt das Land, das gerade die Ratspräsidentschaft innehat. Die EU-Ratspräsidentschaft wird jedes halbe Jahr von einem neuen Land übernommen. Diese_r Minister_in muss dann gleichzeitig die Sitzung leiten und trotzdem seine eigenen Interessen vertreten. Als Mitarbeiter_innen des Generalsekretariats wisst ihr, wie Ratssitzungen geleitet werden, deshalb könnt ihr der Ratspräsidentschaft dabei helfen.

Schließt euch der Delegation des Landes an, das momentan die Ratspräsidentschaft innehat. Ihr moderiert die Verhandlungen, während die Regierungsvertreter_innen die Standpunkte ihrer Länder vorstellen.



Dein Ziel als Sitzungsleitung

Euer Hauptziel ist es, einen Kompromiss zwischen den Ländern zu erzielen. Euch ist es wichtig, dass ihr nach außen zeigt, dass ihr gute Politik für die EU-Bürger_innen macht und Entscheidungen treffen könnt. Dabei sollten möglichst alle mit der vorgeschlagenen Lösung einverstanden sein. Ihr wisst aber auch, dass das nicht immer möglich ist. Welche Abstimmungsregel für die Sitzung gilt, sagt euch die Spielleitung.

Beginn der Verhandlungen

1. Die Ratspräsidentschaft eröffnet die Sitzung: Zuerst werden alle Delegierten begrüßt. Dann sollte der Minister oder die Ministerin aus dem Land, das gerade den Vorsitz innehat, erklären, worüber verhandelt wird und was das Ziel der Verhandlungen ist. Er oder sie erklärt, wie die Situation im eigenen Land ist und warum das Thema wichtig ist. Hier ist ein Vorschlag für die Eröffnung:

Liebe Mitglieder des Rates,

Ich freue mich, die heutige Sitzung des Rates für Wettbewerbsfähigkeit zu eröffnen.

Wie Sie alle wissen, haben in diesem Halbjahr wir, das Land

....., die EU-Ratspräsidentschaft inne und leiten deswegen die heutigen Verhandlungen. Das Generalsekretariat unterstützt uns bei der Moderation, während wir und Sie, liebe Kolleg_innen, die Positionen Ihrer Länder vorstellen.

Heute geht es um den Vorschlag der Kommission zur Eindämmung von Hate Speech und Fake News im Internet. Das Thema ist von großer Bedeutung, weil

Das Generalsekretariat wird nun kurz den Vorschlag der Kommission vorstellen. Danach hat jede Delegation die Möglichkeit, die Meinung ihres Landes vorzustellen.

Wir freuen uns auf eine erfolgreiche und konstruktive Verhandlung und hoffen auf ein gutes Ergebnis.

2. Anschließend präsentiert ihr als Generalsekretariat kurz den Vorschlag der Kommission, über den verhandelt wird.
3. Jetzt könnt ihr die Anwesenden bitten, eine kurze Begrüßungsrede zu halten. Das sollte maximal 1 Minute pro Delegation sein. Fordert die Länderdelegationen dazu auf, kurz zusammenzufassen, warum das heutige Thema für sie wichtig ist. Erkläre danach kurz, wie die Entscheidung getroffen wird. Die Spielleitung hat dich darüber informiert, welche Abstimmungsregel für die Verhandlungen gilt.

Während der Verhandlungen

1. Wenn die Ländervertreter_innen die Hand heben, notiert euch, wer nacheinander sprechen darf (Redeliste) und erteilt dann in dieser Reihenfolge das Wort.
2. Fordert alle Delegationen dazu auf, Argumente am besten nicht zu wiederholen. Es ist gut, wenn sich Länder mit den gleichen Positionen zusammenschließen. Achtet darauf, dass alle Delegationen höflich miteinander umgehen, sich siezen und versuchen, zusammenzuarbeiten.
3. Um gemeinsam zu einem Ergebnis zu kommen, ist es wichtig, konkrete Vorschläge für Kompromisse zu machen. Schlagt deswegen immer wieder Kompromisse vor, auch in Absprache mit der Ratspräsidentschaft, oder fordert die Delegationen auf, selbst konkrete Vorschläge für Kompromisse machen.
4. Die offiziellen Verhandlungen werden für informelle Gespräche zwischen den Delegationen unterbrochen. Achte auf den Zeitplan und sag den Mitgliedern des Rates, wann die informellen Gespräche beginnen und wann es offiziell weitergeht. Die informellen Gespräche eignen sich gut, um abseits des Verhandlungstisches Blockaden zu lösen und zu Kompromissen zu kommen.

Das Ende der Verhandlungen

1. Während der informellen Verhandlungen habt ihr gemeinsam Zeit, in eurer Gruppe einen Kompromissvorschlag zu erarbeiten. Worauf könnten sich viele der Länder einigen? Schreibt auf, was ihr vorschlagen wollt.
2. Im zweiten offiziellen Teil der Verhandlungen stellt ihr den vielversprechendsten Vorschlag für jeden Artikel vor. Jetzt haben alle Delegationen noch einmal die Möglichkeit, ihre Vorschläge einzubringen und euren Entwurf zu verändern. Ihr solltet Protokoll führen, welche Veränderungen vorgeschlagen werden.
3. Keine Panik, lasst den Zeitdruck für euch arbeiten. erinnert noch einmal alle daran, dass es wichtig ist, eine Lösung zu finden.

Die Abstimmung

1. Sind alle wichtigen Argumente ausgetauscht, ruft ihr dazu auf, abzustimmen. Jedes Land hat eine Stimme und kann mit Ja oder Nein stimmen oder sich enthalten. Das Generalsekretariat hat kein Stimmrecht.
2. Lest nacheinander die Optionen vor, die für jeden Artikel zur Abstimmung stehen. Über jeden Artikel wird einzeln abgestimmt.
3. Gebt bekannt, wie die Abstimmung ausgegangen ist. Findet sich für keine Option die nötige Mehrheit, muss entweder nach weiteren Kompromissvorschlägen gesucht werden, wenn die Zeit es zulässt, oder die Entscheidung über den Artikel vertagt werden.
4. Dankt zum Abschluss allen Delegationen und schließt die Sitzung.